



© Foto: FelixMittermeier, pixabay.com, Lizenz: CC0

RANDNOTIZEN

Eine Nachlese zur Bundestagswahl 2017

von Brigitte Pick

Die SPD hat sich aus der großen Koalition verabschiedet, will keine Gespräche führen, sondern der CDU „auf die Fresse geben“, so Frau Nahles. Es wird viel dummes Zeug geredet, die Untergehenden werden frenetisch gefeiert und Martin Schulz entblödet sich nicht, zu rufen: „Ja, klar haben wir auf die Schnauze gekriegt, aber wir stehen. Wir werden das beim nächsten Mal, wenn wir das anpacken, verdoppeln.“ Zur Erinnerung: Es ist die dritte Niederlage in Folge und Rückschlüsse aus der Niederlage, die relevant etwas ändern könnten, sind nirgendwo in Sicht. Dafür ergeht man sich in hergeholten Analysen, die kaum stimmen. Der Osten mit seinen Abgehängten sei für die hohe Zahl der AfD-Wähler verantwortlich. Viele AfD-Wähler gehören nicht zu den Schlechtverdienern. Ihre Bundestagsabgeordneten haben die höchste Promotions- und Professorendichte, nämlich 23 von 94 Abgeordneten. „Nahezu 68 Prozent der AfD-Wähler und -Wählerinnen lebt in Westdeutschland - nach vorläufigen amtlichen Endergebnissen erhielt die AfD bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 in Westdeutschland 3,970 Millionen ihrer insgesamt 5,877 Millionen gültigen Zweitstimmen (67,6 Prozent). Dies wird unter Überschriften wie "Der typische AfD-Wähler - Arbeiter, männlich, ostdeutsch" vergessen bzw. verdrängt. Trotz der i.d.R.

weit überdurchschnittlichen AfD-Stimmanteile in den ostdeutschen Wahlkreisen (siehe [PDF_BIAJ20170930](http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/980-bundestagswahl-2017-nahezu-68-prozent-der-afd-waehler-lebt-in-westdeutschland.html)) hätten die ostdeutschen AfD-Stimmen allein nicht zum Einzug in den Deutschen Bundestag gereicht. 4,1 Prozentpunkte des AfD-Wahlergebnisses (12,6 Prozent der gültigen Zweitstimmen) kamen aus Ostdeutschland, 8,5 Prozentpunkte aus Westdeutschland.“¹

Sicher ist die Wahl der AfD eine Protestwahl gegen die CDU und SPD gewesen, wie z.B. in Dorfchemnitz im Osterzgebirge/Sachsen mit 1620 Einwohnern, wo 47,4 Prozent die AfD wählten. Im Jahr 2013 wählte man dort noch mit 59,2 Prozent die CDU, das stärkste Ergebnis für die Partei in ganz Mittelsachsen. Haben die alle ihre Gesinnung geändert? Die Menschen sehen, dass sie in die Gemeinschaft einzahlen und nicht genug zurückbekommen. Die Verwaltungsreformen gehen zu Lasten der Bürger. Bürgerämter sind weit entfernt, Busse und öffentlicher Verkehr fahren zu selten oder gar nicht, Schulen und Kindergärten schließen. Es gibt in vielen Dörfern weder Lebensmittelläden, Kneipe, Arzt oder junge Leute. Regionen werden abgehängt. Ein Narrativ der DDR scheint wieder zu entstehen: „Das persönliche Glück kommt aus Selbsthilfe im Mangel! Gegen den Staat, nicht mit ihm.“²

Der Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes hat im Alltag der Ostdeutschen eine tiefe Transformation ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedeutet mit der hinzukommenden Kränkung durch westdeutsche Dominanz. Etwa 75 Prozent der obersten Funktionsetagen in der Politik, der Wirtschaft, den Medien, der Kultur, der Verwaltung und der Wissenschaft übernahmen Westdeutsche. In elf von vierzehn Bundesministerien gibt es nach Recherchen der „Mitteldeutschen Zeitung“ keinen einzigen Abteilungsleiter aus Ostdeutschland. Viele der oben beschriebenen Probleme gibt es sowohl in Ost als auch in West, sie unterscheiden sich graduell.³

Auch die CDU zeigt sich mehr hilflos als konstruktiv. Volker Bouffier sinniert in einer Sitzung der CDU-Spitze, dass einen früher die Leute gewählt hätten, wenn es der Wirtschaft gut gehe.⁴ Und solche Idioten regieren uns, haben seinerzeit die Studenten getitelt.

Alle Parteien bis auf die Linke und die AfD loben Macrons vermeintliche Visionen für das Europa der 27. Der EU Ratspräsident Donald Tusk entblödet sich nicht, das Feuerwerk der Ideen für Europa mit dem Eurovisions-Wettbewerb zu vergleichen und hofft am Ende auf gemeinsamen Gesang.⁵ Die euro-kritische FDP hält die Rede des Franzosen für sensationell, so der FDP Vize Wolfgang Kubicki bei Maybrit Illner. Sensationell ist allenfalls mit welcher Dreistigkeit weiter die Ideologie der neoliberalen Marktradikalen besungen wird.

1 <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/980-bundestagswahl-2017-nahezu-68-prozent-der-afd-waehler-lebt-in-westdeutschland.html>

2 Die Unerhörten von Deike Diening im Tagesspiegel vom 1.10.2017

3 Frank Richter: Streiten für die Demokratie im Tagesspiegel vom 1.10.2017

4 Zitiert nach Der Tagesspiegel vom 30.9.2017, Aufbruch nach dem Beben von Robert Birnbaum

5 Gebremste Aufbruchstimmung von Markus Grabitz im Tagesspiegel vom 30.9.2017

Es gibt in der SPD bei uns wenige Anzeichen, dass wie in England mit der linken Basis-Bewegung „Momentum“⁶ und ihren 200.000 Unterstützern, die Labour Chef Jeremy Corbyn zum Sieg verhelfen will, um die Ära von „New Labour“ unter Tony Blair zu begraben, dass hier Hartz IV begraben werden soll. Immerhin bekam Labour im Juni 2017 bei den vorgezogenen Wahlen 40% der Stimmen und die rechtspopulistische UK-Independence Party kippte aus dem Parlament. Corbyn will den Privatisierungswahn beenden, die Bahnen, die Royal Mail, die Wasser- und Energieversorgung renationalisieren, ein Ende der öffentlich-privaten Partnerschaften einläuten, das Gesundheitswesen soll mehr Geld erhalten, die Studiengebühren sinken und die Mieten gedeckelt werden. Damit findet Corbyn Zustimmung in seiner Partei und seiner Wählerschaft bis weit in die Mitte hinein. Knapp 70 Prozent der 18- bis 24-Jährigen planen, links zu wählen, [über 50 Prozent der britischen Studenten wollen Labour wählen, nur 18 Prozent unterstützen die konservativen Tories](#).⁷ Der gerade durchgeführte Parteitag in Brighton vom September 2017, der dritte seit 2015 unter der Führung von Jeremy Corbyn, bedeutet, weiter für die Ziele zu kämpfen, denn es gibt Flügelkämpfe und einige Funktionsträger geben so schnell nicht auf. Corbyn erfuhr Jubel und große Unterstützung der Mehrheit der Delegierten. Das lässt hoffen. Eine Politik für die Menschen macht Parteien wählbar und produziert nicht Eintagsfliegen wie Steinmeier, Steinbrück oder Schulz. Eine Gesellschaftsordnung, die Armut gebiert und karitativ verwaltet wird, gehört abgeschafft. Wir brauchen eine SPD, die wieder eine Friedens- und soziale Politik betreibt. Wie kann es sein, dass Außenminister Gabriel immer noch verteidigt, nicht die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (Ican) unterschreiben zu wollen, die gerade den Nobelpreis erhält, ihre Idee jedoch zu unterstützen. Mit Schulz machte er sich im Wahlkampf für einen Abzug der Sprengköpfe stark. «Ich werde mich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dafür einsetzen, dass in Deutschland gelagerte Atomwaffen (...) abgezogen werden», sagte er.⁸ Der Bundestag hatte 2010 beschlossen, die Bundesregierung solle sich mit Nachdruck bei den USA für den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland einsetzen.

„Der im Juli (2017 B.P.) in New York von den ersten Staaten unterzeichnete Vertrag verbietet es allen Unterzeichnern, Atomwaffen zu entwickeln, zu besitzen, zu stationieren oder zu finanzieren. 122 Staaten haben ihn ausgehandelt, 53 davon haben bereits unterzeichnet. Darunter ist aber keine einzige Atommacht.“⁹ Deutschlands Unterschrift fehlt ebenso.

Nach unbestätigten Informationen lagern bis zu 20 US-Atomwaffen auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst in Büchel in der Eifel. Dort sind auch «Tornado»-Jets der Bundeswehr statio-

6 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/wahl-grossbritannien-momentum-jeremy-corbyn-premierminister/>

7 <http://www.zeit.de/campus/2017-06/grossbritannien-jeremy-corbyn-parlamentswahlen-chancen-aufstieg>

8 <https://www.sat1.de/news/politik/gabriel-fuer-abzug-der-us-atomwaffen-linke-nimmt-spd-beim-wort-103050> vom 30.8.2017

9 <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/ueberblick-ueber-die-organisation-und-ihre-ziele--143000108.html> vom 7.10.2017

niert, die Atomwaffen tragen können. Diese Atomsprengeköpfe werden demnächst gegen brandneue ausgetauscht. „Wenn die USA also bald wie geplant ihre in die Jahre gekommenen Atombomben gegen die neuentwickelte B61-12 austauschen sollten, werden auf deutschen Boden die modernsten Nuklearwaffen der Welt lagern – ebenfalls für den Abwurf durch einen Bomber. Nach Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums kostet das Modernisierungsprogramm bis zu zehn Milliarden Dollar.“¹⁰

Das Federführende Auswärtige Amt 2014 und Gabriel heute sagen: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der Nato eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Das wäre durch eine Politik der einseitigen Schritte gefährdet.“¹¹

Deutschland geriert sich als Vasallenstaat der USA, der sich als Hegemon begreift, die einzig wahre Weltmacht, wie bei dem kürzlich verstorbenen Brzeziński nachzulesen ist.¹²

Bei uns werden oft junge politischen Talente vergrämt, wie der ehemalige Landeschef der SPD Jan Stöß in Berlin oder zu wenig gehört, wie der Bundestagsabgeordnete der SPD aus Dortmund Marco Bülow und seinem Aufruf zur Erneuerung der SPD.¹³

Das Modell Labour könnte in Deutschland Schule machen, wenn man nicht weiter die Linke, die nachgerade klassisch sozialdemokratische Forderungen hat, verteufeln und als Bündnispartner erkennen würde.

Die SPD ist sich einig, die Wähler hätten diese Koalition abgewählt. Bei Markus Lanz lässt sich Oppermann beharrlich löchern, bis er vage andeutet, dass ohne Merkel als Kanzlerin eine Situation entstünde, die sie noch nie reflektiert hätten, wohl zu Recht, denn die Kanzlerin ficht das denkbar schlechte Ergebnis der CDU kaum an, die Macht liegt weiter bei ihr. Daraus wird medial eine Option auf die große Koalition gemacht.

In Stimmungsumfragen kurz vor den Wahlen optierte eine Mehrheit für die große Koalition und gegen Jamaika. „ Mit 21,0 Prozent zu 20,4 Prozent landete die Große Koalition auf einmal nur noch hauchdünn vor Schwarz-Gelb-Grün. 58,5 Prozent der Befragten wollten sich hierzu nicht äußern...

Und auch das gut platzierte Rot-Rot-Grün hat eine klar definierte Zielgruppe: In den Altersgruppen 25 bis 34 Jahre und 35 bis 44 Jahre landete die linkslastige Koalition jeweils deutlich auf Rang eins. Bei allen älteren Teilnehmer-Gruppen reichte es maximal zu Platz drei. “¹⁴

10 <http://www.tagesspiegel.de/politik/us-atombomben-in-deutschland-nuklearwaffen-werden-nicht-abgezogen-sondern-modernisiert/10236788.html> vom 23.7.2014

11 Ders.

12 The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, 1997 von Zbigniew Brzeziński

13 <https://www.marco-buelow.de/spd-erneuern/>

14 <https://www.merkur.de/politik/bundestagswahl-2017-umfrage-deutsche-haben-keine-lust-auf-jamaika-zr-8707228.html>

Die frisch gekürte Chefin der SPD-Bundestagsfraktion, Andrea Nahles, tönt im Interview beim „Spiegel“¹⁵ mit harten Konsequenzen gegen Flüchtlinge, die sich nicht an die Regeln halten. Bei großen Flüchtlingsströmen müssten Grenzen geschlossen werden. „Ein Staat muss auch in der Lage sein, Staat zu sein. Er ist eine regulierende, organisierende, ermöglichen aber auch strafende und begrenzende Kraft. Wenn das in Frage gestellt wird, geht es auf Dauer nicht gut.“ Ach was, ist das der Neuanfang?

Teile der linken Grünen fürchten das Überleben der Grünen in einer Jamaika- Koalition, nicht zu unrecht. Die Berliner Grünen-Politikerin, Lisa Paus, sagte am 30.9.2017 auf einem kleinen Parteitag der Grünen in Berlin: „Wir haben auch die Verantwortung, dass es die Grünen in vier Jahren noch geben wird.“¹⁶

Böse Zungen behaupten, die CDU müsse mit der AFD koalieren, um unter die fünf Prozent zu sinken, andere fordern wie einst F.J. Strauß eine bundesweite CSU mache der AFD den Garaus.¹⁷ Angela Merkel als Gottesanbeterin, einer Fangschrecke, die ihren Partner gelegentlich nach der Paarung verspeist, so das Bild, das Harald Martenstein, bezugnehmend auf Parteien, die bisher mit Merkel koalitierten, in einer Glosse entwickelt¹⁸. Die SPD verlor seit 2005 kontinuierlich und die FDP landete 2013 bei 4,8 Prozent.

Die CSU muss sich für die kommenden Landtagswahlen 2018 warm anziehen, es sei denn sie hebt Gutenberg aufs Schild und Seehofer dankt ab.

Am nächsten Sonntag wählt Niedersachsen und SPD- Schulz lässt verlauten, auch bei einer Niederlage der SPD er weiter als SPD Vorsitzender zur Verfügung steht.¹⁹ Nichts deutet auf einen Neuanfang in der Opposition hin und alles auf eine Jamaika Koalition, die eigentlich niemand will.



15 <http://www.spiegel.de/spiegel/wie-andrea-nahles-die-spd-neu-ausrichten-will-a-1170606.html>

16 <https://nachrichten.bridgeward.com/auf-dem-gruenen-weg-nach-jamaika/>

17 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-keine-garantien-fuer-verzicht-auf-bundesweite-csu-a-1082750.html> vom 17.3.2016

18 Das kurze Leben der Eintagsfliege von Harald Martenstein im Tagesspiegel vom 1.10.2017

19 http://www.focus.de/politik/deutschland/parteien-schulz-will-wieder-fuer-spd-vorsitz-kandidieren_id_7686695.html vom 8.10.2017

Über die Autorin

Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

Brigitte Pick im Magazin Auswege

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com